AFP/THE WHITE HOUSE

Auf konfrontativer Distanz: China Staatschef Xi Jinping und US-Präsident Joe Biden

Ein Angriff auf den Führungsanspruch der USA

Das Selbstbewusstsein der chinesischen Regierung, die globalen Wirtschaftsbeziehungen und deren Regeln zu prägen, ist gewachsen

Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und China werden ökonomisch, politisch und militärisch ausgetragen. Energie – insbesondere Öl und Gas – beeinflusst die politischen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen maßgeblich.

HELMUT SCHOLZ, JOACHIM SCHUSTER

Global schlägt sich die Krise der neoliberalen Globalisierung vor allem in zwei Entwicklungen nieder. Erstens gelingt es immer weniger, die internationalen Interessenunterschiede mittels in der Nachkriegszeit aufgebauter und in den 1990er Jahren reformierter internationaler Wirtschaftsinstitutionen auszubalancieren. Damit können die wirtschaftlichen Interessen der USA wie auch der EU heute kaum noch unter dem Deckmantel der Verkörperung allgemeiner Interessen durchgesetzt werden. Dies zeigt sich etwa an der Unfähigkeit, substanzielle Reformen der Welthandelsorganisation zu vereinbaren oder die immer wieder auftauchenden Verschuldungsprobleme einzelner Staaten in den Griff zu bekommen.

Vor allem in den Bereichen des Handels, der Technologie, aber auch der Kapitalflüsse setzen die USA bewusst auf Konfrontation und Eskalation gegenüber China.

Zudem setzt die vorherrschende globale Ordnung den aufsteigenden Ländern des globalen Südens deutliche Grenzen für ihre eigene Entwicklung. Ein Ausbrechen aus dem zugeordneten Platz als verlängerte Werkbank des globalen Nordens ist regelkonform kaum möglich. Politisch führt dies zu einer gewissen Distanzierung vieler Staaten des globalen Südens und der aufstrebenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) von den USA und der EU. Damit wird zugleich der Aufbau eigenständiger regionaler oder gar globaler Institutionen, Netzwerke und Handelsplattformen mit eigenständigen Regelbestimmungen und Standardsetzungen unabhängig von den USA und OECD-Mitgliedstaaten dominierten Strukturen und Organisationen vorangetrieben und von China zunehmend geprägt.

Dennoch verweist der US-Ökonom C. Fred Bergstein nachdrücklich darauf, dass es ungeachtet all dieser neuen Möglichkeiten und Entwicklungen keinen Hinweis dafür gibt, dass China einen übereilten »Versuch zu Dominanz« beabsichtige. Es gebe keine Anzeichen für den Aufbau einer neu konfigurierten globalen Architektur. Vielmehr sei Chinas wachsende Macht eher auf das Schaffen und de facto Nutzen sich ergebender Entwicklungen und Spielräume ausgerichtet als auf die Schaffung einer eigenständigen, rechtlich basierten Architektur.

Zweitens hat sich, auch als Reaktion auf diese Konstellationen, in China ein alternativer Akkumulations- und Regierungstyp etabliert, der mittlerweile die ungehemmte neoliberale Globalisierung als Entwicklungsmodell für die gesamte Welt offensiv in Frage stellt. Es handelt sich um ein staatszentriertes, gleichwohl in wesentlichen Teilen mit privatkapitalistischen Eigentumsstrukturen verschränktes ordnungspolitisches Modell. Wesentliche Richtungsentscheidungen werden in diesem System durch langfristig konzipierte politische Vorgaben des Staates getroffen und nicht allein den Entscheidungen mächtiger Konzerne im freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb überlassen.

China ist mit diesem aus ökonomischer Sicht sehr erfolgreichen Hybridmodell, eingeleitet von und aufbauend auf der Reform- und Öffnungspolitik von Deng Xiaoping, zur zweitgrößten globalen Wirtschaftsmacht geworden. Diese konterkariert den globalen Führungsanspruch der USA wirtschaftlich und damit auch politisch zunehmend und treibt unbeeindruckt von wachsenden Disproportionen in der globalen Ökonomie eigene politische und wirtschaftliche Planungen voran. Zugleich ist das Selbstbewusstsein der chinesischen Regierung gewachsen, die globalen Wirtschaftsbeziehungen und deren Regeln zu prägen.

Inzwischen dominiert die daraus resultierende Auseinandersetzung um die globale Hegemonie zwischen den USA und China die internationalen Beziehungen. Diese Auseinandersetzungen werden keineswegs nur auf dem Feld der Ökonomie, sondern inzwischen auch politisch und militärisch ausgetragen. Sie bekommen auch oder gerade wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine sowie der massiven militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der USA eine alle Akteure erfassende Dynamik und beschleunigen die Re-Fokussierung ordnungspolitischer Strategien. Hier zeichnet sich zunehmend ab, dass Energie – insbesondere Öl und Gas – ein integraler Bestandteil der neuen Geopolitik in einer Post-Corona-Welt sein und weltwirtschaftliche Strategien sowie tradierte politische und wirtschaftliche Wechselbeziehungen maßgeblich beeinflussen wird.

Die geopolitischen und geowirtschaftlichen Herausforderungen und Verflechtungen, die zunehmend die Tendenz zu einer De-Globalisierung aufweisen, werden in den regionalen beziehungsweise internationalen Beziehungsgeflechten der USA, der EU, Chinas, aber auch anderer internationaler Akteure deutlich. Als das Schiedsgericht der Welthandelsorganisation WTO am15. September 2020 urteilte, die von US-Präsident Donald Trump gegen China verhängten »Strafzölle« würden zumindest in einem Umfang von 200 Milliarden US-Dollar gegen internationales Handelsrecht verstoßen, konterte der damalige US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer: Die WTO demonstriere damit ihre völlige Unfähigkeit, den schädlichen technologischen Praktiken Chinas zu begegnen.

Diese für einen Minister und Juristen ungewöhnlich rüde Reaktion zeigt, wie kompromisslos die USA ihre Auseinandersetzung mit China führen. Spätestens seit Amtsantritt von Trump propagierten US-Politikberater fast uniforme Vorhaltungen gegenüber China: dessen erfolgreiche Wirtschaftspolitik fordere die Interessen und Werte der USA heraus; die globale Wettbewerbslandschaft werde untergraben und der künftige Wohlstand der USA gefährdet. Da China keine Bereitschaft zeige, seine Politik zu ändern, würden sich die USA nicht nur mit einer wirtschaftlichen, sondern ebenso mit einer ernsthaften geopolitischen und ideologischen Provokation konfrontiert sehen. Unter Verweis auf solche Bedrohungsunterstellungen setzt die amerikanische Politik vor allem in den Bereichen des Handels, der Technologie, aber auch der Kapitalflüsse bewusst auf Konfrontation und Eskalation mit China.

Begleitet wird dies von einer verstärkten Ausweitung der wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Kooperation der USA mit Taiwan. Damit verbunden ist ein zugleich forciertes, zunehmend offensives Ignorieren des mit der VR China unterzeichneten Shanghai-Protokolls über die beiderseitige Anerkennung der »Ein China«-Politik. Vor dem Hintergrund der heutigen »Systemischen Rivalität« wird Taiwan somit über seine bisherige traditionelle Rolle als Interesseneinflusszone hinaus zum eigenständigen Akteur bei der Absicherung US-amerikanischer Dominanz im fernöstlich-pazifischen Raum hochgestuft. Ein Schritt, der das bilaterale Verhältnis politisch weiter belastet, der im Wissen um die bisherige breite internationale Anerkennung der »Ein China-Politik mit dem beiderseits anerkannten Prinzip »Ein Land, zwei Systeme« und de facto somit Taiwans als Bestandteil Chinas die ohnehin labile Stabilität in der Region grundsätzlich in Frage stellen kann. Dies wird die Spannungen weiter erhöhen, zumal in der wirtschaftlichen Kooperation US-amerikanische High-Tech-Konzerne ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten-Verknüpfungen mit entsprechenden Produktionsfazilitäten in Shenzhen und in Ost- und Südchina weiter diversifizieren, unterbrechen beziehungsweise auflösen.

WIKIPEDIA (2)

Helmut Scholz, Jahrgang 1954, ist EU-Abgeordneter der Linken; **Joachim Schuster**, Jahrgang 1962, ist EU-Abgeordneter der SPD. Beide sind Herausgeber des Buchs »Europäische Souveränität? Solidarische Entwicklungspfade der EU in der ›Zeitenwende‹«, das im SPW-Verlag erschienen ist (265 Seiten, br., 49 Euro). In dem Buch geht es um Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis (Klimawandel, Grenzen des Wachstums, Auseinandersetzungen zwischen den USA und China) und um die Frage, wie die EU eine eigenständige Position entwickeln kann und welche Rolle linke Kräfte in diesen Debatten spielen können. Wir veröffentlichen hier leicht bearbeitete Auszüge aus dem Vorwort von Helmut Scholz und Joachim Schuster.

Als Chinas größter Handelspartner zeigte sich die Europäische Union in ihrer Politik gegenüber China bislang zurückhaltender. Aber auch hier nehmen Diskussionen über das künftige Beziehungsgeflecht und eine EU-seits als notwendig gesehene Entflechtung erheblich zu. Hintergrund sind strategische Weichenstellungen Chinas in Richtung eines Umbaus des eigenen Wirtschafts- und Sozialmodells bis 2030/2050. Noch scheinen diese Diskussionen, vor allem den selbst verursachten realwirtschaftlichen Abhängigkeiten geschuldet, offen.

Eine verstärkte politische wie auch wirtschaftliche Auseinandersetzung und Abgrenzung zeichnet sich jedoch ungeachtet der über viele Jahre gerade vom Exportweltmeister Deutschland verfolgten Linie wirtschaftlicher Kooperation, allen voran im Auto- und Maschinenbau, bereits ab. In einem Strategiepapier vom März 2019 bekannten sich die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik allgemein noch zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft mit China. Sie ergänzten dieses Bekenntnis aber dahingehend, dass man China, mit dem man in gewissen Politikbereichen unverändert kooperiere und abgestimmte Ziele verfolge, angesichts seines Führungsanspruchs bei Schlüsseltechnologien zugleich als einen wirtschaftlichen Konkurrenten betrachte. Dort, wo es international alternative Governance-Modelle propagiere, sei China »systemischer Rivale«.

Das Papier drängte auf einen neuen, »realistischeren, selbstbewussteren und vielschichtigeren Ansatz« der EU-Politik gegenüber China. Abgeleitet wird diese Forderung aus der massiven und rapiden Zunahme der Wirtschaftskraft und des politischen Einflusses Chinas, die die Basis für seine Ambitionen bilden würden, eine führende Weltmachtstellung zu erlangen. Das wurde bei den letzten EU-China-Gipfeln bekräftigt: Wo es (noch) von gegenseitigem Vorteil ist, werde zusammengearbeitet und wirtschaftliche Verflechtung vorangetrieben. Zugleich wird aber mit der Neuausrichtung der EU-Außenpolitik, vor allem aber der EU-Außenwirtschaftspolitik auf eine »Offene Strategische Autonomie« viel stärker auf »Entkoppelung« wirtschaftlicher Wertschöpfungsprozesse gesetzt; denn China sei eben auch zunehmend eigenständiger »wettbewerblicher Konkurrent« und hinsichtlich von Governance und regulatorischen Strukturen »systemischer Rivale«.

Präsident Biden scheint moderater zu agieren als sein Vorgänger, aber auch er will amerikanische Interessen im Zweifel gegen andere Staaten und auch gegen eigene Verbündete durchsetzen.

Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen wurde zugleich der relative ökonomische Niedergang der USA offensichtlich, der nicht nur als Schwächung der internationalen Stellung der USA zutage tritt, sondern auch in der nachlassenden Fähigkeit der USA, mit den durch den Entwicklungstyp der neoliberalen Globalisierung gestiegenen inneramerikanischen Widersprüchen und Ungleichheiten umzugehen. Unter Präsident Trump wurde »America First« wirtschafts- und handelspolitische Handlungsmaxime und zugleich zur strategischen Antwort, durch Rückgriff auf Protektionismus den neoliberalen Grundkurs modifizierend, die verbliebene ökonomische und politische Macht zum eigenen Nutzen aggressiv auszuspielen. Dabei wurde nicht nur China, sondern auch die EU und insbesondere Deutschland als Feind ins Visier genommen. Präsident Joe Biden scheint zu einer moderateren Strategie zurückzukehren, die zwar deutlich kooperativer auftritt, in ihrem ökonomischen Kern aber genauso darauf abzielt, amerikanische Interessen im Zweifel gegen andere Staaten und auch gegen eigene Verbündete durchzusetzen.

Die Auseinandersetzung um die globale Hegemonie zwischen China und den USA eröffnet für andere bedeutsame Regionalmächte neue Handlungsoptionen, weil die alte Hegemonialordnung als relativ stabiler Rahmen für die internationalen Beziehungen ihre ordnende Kraft eingebüßt hat. Wie im Falle des russischen Überfalls auf die Ukraine können mächtige Staaten dabei auch für sich die Chance sehen, mit militärischer Gewalt ihre Interessen durchzusetzen und damit fundamentale Prinzipien, wie die Unverletzlichkeit der Grenzen, der noch bestehenden Sicherheitsordnung zu verletzen. Dies verweist darauf, dass in Zeiten ungeklärter Hegemonialkonstellationen bei einer fehlenden oder zumindest schwachen internationalen Ordnung eine Phase internationaler Unsicherheit eintritt, die militärische Auseinandersetzungen und Krieg einschließen kann.